

Selbsterkenntnis für die Sozialwissenschaft

Das Ansehen der Sozialwissenschaften ist in Österreich alles andere als erfreulich, woran sich so schnell leider nichts ändern wird. Denn dafür fehlt es an strukturellem Eigensinn, dem Streben nach gesellschaftlicher Relevanz und politischem Interesse.

Christian Fleck

In der weiten Welt kennt man vor allem tote österreichische Sozialwissenschaftler. Das ist einem anfangs peinlich, doch Gewöhnung stellt sich auch hier ein. Dass das viel mit der Vertreibung durch die Diktaturen der 1930er-Jahre zu tun hat, gehört mittlerweile zum Schulbuchwissen. Warum sich aber gerade die Sozialwissenschaften nicht wieder derrappelt haben, kann man nirgendwo nachlesen.

Bevor es um die Ursachen für das geringe Ansehen der österreichischen Sozialwissenschaften geht, sind zwei Vorbemerkungen unerlässlich: Die Sozialwissenschaften haben keine eindeutigen Grenzen, zu ihnen gehören jedenfalls all jene, die sich in systematischer Weise mit gegenwärtigen gesellschaftlichen Zuständen auseinandersetzen. Zweitens muss man eine sozialwissenschaftliche Banalität in Erinnerung rufen: Natürlich gibt es Ausnahmen! Ich beanspruche nicht, alles und jedes zu kennen, und begnüge mich, gut soziologisch gesprochen, mit einer erklärten Varianz um die 80 Prozent.

Wissenschaften haben ihre eigene Währung, man nennt sie Reputation (andere sprechen ein wenig hochtrabend von „wissenschaftlichem Kapital“). Wie man das messen kann, ist umstritten, doch dass nicht alles denselben Wert hat, wird kaum jemand bestreiten wollen.

Seit einigen Jahren bekomme ich einen Fragebogen zugesandt: Ich möge für meine Disziplin die drei besten Universitäten nennen. *Times Higher* macht daraus dann sein bekanntes Uni- und Disziplinen-Ranking. Solche Erhebungen unterstreichen, dass die Wissenschaften eine Mannschaftssportart sind, und Österreich spielt dort nicht mit.

Impact-Faktor

Ansehen erwirbt man durch Veröffentlichungen. In manchen Disziplinen zählen Bücher mehr, in anderen wird nur noch in Zeitschriften kommuniziert. Während Bücher stets für sich allein stehen und ihre Verfasser Ansehen erwerben, gilt für Zeitschriften anderes. Ihr Ansehen wird im „Impact-Faktor“ ausgedrückt. Damit kann man sinnvollerweise nicht einzelne Autoren vermessen, aber zur Feststellung der Prominenz von Zeitschriften eignet sich das Maß durchaus. In Österreich edierte sozialwissenschaftliche Zeitschriften findet man in den Listen höchstens unter „ferner liefen“.

Neben dem Nobelpreis gibt es auch Preise für Sozialwissenschaften (Asturien, Holberg, Kluge, Kyoto). Unter den Ausgezeichneten findet man keine Personen mit heimischer Adresse.

Am einfachsten ist es heute, die Liste der (mit einem „Grant“ ausgezeichneten) „Gewinner“ des European Research Council heranzuziehen, wenn man Ansehen

messen will. In den Geistes- und Sozialwissenschaften gingen bisher 16 Preise an Empfänger in Österreich. Liest man deren Abstracts, bemerkt man, dass Gegenwartsbezug, gar Gesellschaftskritik nicht zu den „Alleinstellungsmerkmalen“ der österreichischen Gewinner zählen. Ökonomie, Politologie und Soziologie findet man dort nicht, wohl aber vier Projekte aus der Demografie und eines aus der Sozialökologie.

Genug der Beweise, was sind die Ursachen?

Eine unausgesprochene Übereinkunft zwischen denen, die Wissenschaftspolitik machen, und jenen, die Personalentscheidungen treffen, ist für die Zwickmühle verantwortlich, in der sich die Sozialwissenschaften befinden.

Seit zehn Jahren dürfen sich die Universitäten ihre Professoren selbst aussuchen. Der Einfluss politischer Parteien ging dadurch zurück, doch in Soziologie, Politikwissenschaft und Nationalökonomie nahm die Qualität der (durchaus zahlreichen!) neu Berufenen grosso modo nicht zu. Warum? Die simpelste

Antwort lautet: weil die österreichischen Institute für die Besten nicht attraktiv genug sind. Daher bekommen wir Durchschnitt, und der durchschnittliche Sozialwissenschaftler zeichnet sich dadurch aus, dass er mit der Meute heult.

Bei Berufungsverfahren zählen vor allem Veröffentlichungen, und alle tun so, als wäre eine Platzierung eines Aufsatzes in einer, notabene amerikanischen, Zeit-

schrift (mit hohem Impact-Faktor!) allen anderen Leistungen überlegen, ohne zu bedenken, dass auch die besten Zeitschriften mehrheitlich Aufsätze veröffentlichen, die null Resonanz finden. Das hält die Herde nicht davon ab, weiter in die gleiche Richtung zu galoppieren. Sie schreiben immer mehr Texte, die immer weniger Leute lesen, geschweige denn verstehen.

Torkelnde Gesellschaften

Die Sozialwissenschaften produzieren selten Wissen, das weltweit die gleiche Bedeutung und damit über Staatsgrenzen hinweg Anschlussfähigkeit hat, sondern vor allem lokales Wissen, das jenseits der Grenze kaum jemand kümmert, ohne dessen einigermaßen regelmäßige Produktion eine Gesellschaft aber wie ein Betrunkener orientierungslos dahintorkelt. Heute kann jemand an einer österreichischen Universität Professor für ein sozialwissenschaft-

liches Fach sein, ohne irgendeine Ahnung davon haben zu müssen, in welcher Gesellschaft und welchem Staat er seinen Geschäften nachgeht. Im Glücksfall wird er auch noch vom FWF als exzellent gefördert, was heißt, dass zwei bis drei Bewohner des globalen Dorfs, in dem sich die Exzellenten tummeln, applaudiert haben. Nichts dagegen, aber das ist nicht genug.

Womit wir bei der Seite angelangt wären, die für die Schaffung von Rahmenbedingungen zuständig wäre, diese Aufgabe aber hinsichtlich der Sozialwissenschaften seit Jahrzehnten sträflich vernachlässigt. Weder das Ministerium, das Wissenschaft im Titel trägt, noch irgendwer sonst, der über politische Macht verfügt, schert sich darum, dass auch im 21. Jahrhundert eine Gesellschaft wie die österreichische ein bisschen Selbsterkenntnis nötig hat. Forschungsgelder aus den Fachministerien fielen als Erstes dem

Sparstift zum Opfer. Seit 1990 haben außeruniversitäre Institute dank EU-Geldern diese Lücke gefüllt, doch steht zu befürchten, dass „Horizon 2020“ dem ein Ende bereitet. Die universitäre Ausbildung und die Arbeitsbedingungen für Jungwissenschaftler sind so schlecht, dass die, die dableiben, international nicht mithalten können.

Das alles kümmert die akademischen Reisekader nicht, die keine Verpflichtung gegenüber den sie Alimentierenden verspüren, sondern bloß an ihren Karrieren basteln. Die politische Klasse genießt es, in Ruhe gelassen zu werden, und tut alles, damit es so bleibt: nämlich nichts.

CHRISTIAN FLECK (61) ist Professor für Soziologie an der Universität Graz. Gegenwärtig hält er sich als Austrian Marshall Plan Foundation Fellow an der University of California in Berkeley auf.



Wer nicht mit der Meute heulen will, der muss ehrlich zu sich selber sein.

Illustration: Corbis



Christian Fleck: Österreich ist nicht attraktiv für die Besten.

Foto: Furgler

Bundesheer: Geheimer als geheim

Transparenz ist ein Fremdwort bei Beschaffungen neuer Systeme und Gerätschaften

Peter Platzgummer

Wenn ein Militär einkauft, dann kann das kompliziert sein. Das bezeugten alleine in den letzten Wochen mehrere Meldungen aus Nachbarländern. In Deutschland wurde festgestellt, dass 15 Großprojekte nicht nur im Schnitt 29 Prozent teurer als geplant waren, sondern dabei auch vier Jahre Verspätung hatten. In der Schweiz wurde von einem 296 Millionen Franken teuren Ankauf von Radargeräten berichtet, die leider sich bewegende Kühe – und das machen diese oft – als Feinde erkennen.

Als Österreicher konnte man sich da ein bisschen Schadenfreude kaum verkneifen. Vor allem, wenn gleichzeitig Verteidigungsminister Klug die ersten der schlussendlich 68 modernisierten Pandur-Radpanzer an die Truppe übergeben konnte, die für rund 23 Millionen Euro unter anderem eine „Elektronisch fernbedienbare Waffenstation“ bieten. Man scheint also Beschaffungen im Bundesheer im Moment eigentlich ganz gut im Griff zu haben.

Das Problem dabei ist: Es täuscht. Der Grund, warum man in Deutschland gerade die genauen Kosten der großen Beschaffungsprojekte – von der Euro-Hawk-Drohne bis zum A-400M-Transportflugzeug – erfährt, ist, dass Ministerin Ursula von der Leyen ein Risikomanagement eingeführt hat und die Transparenz Richtung Parlament erhöhen will. Und das Schweizer Kuhdebakel kommt zwar mit großer Sicherheit aus der internen Gerüchteküche, aber alle zusätzlichen Informationen von der genauen Beschaffungssumme, über den Ausschreibungsprozess, der Begründung für die Auswahl bis hin zum genauen Zeitplan, lässt sich in der jeweiligen Rüstungsbotschaft frei zugänglich im Internet finden.

In Österreich ist das nicht möglich. Zwar wurde in den aktuellen Artikeln ein genauer Preis der Umbauarbeiten am Pandur genannt, aber es lässt sich leider nirgends ein Hinweis darauf finden, ob die Kosten für die Zusatzpanzerung (und die wohl aufgrund des zusätzlichen Gewichts notwendige neue Motorisierung) be-

reits miteingerechnet ist. Wahrscheinlich deshalb nicht, weil der im Jänner unterschriebene Vertrag über 13,6 Millionen Euro mit einer Schweizer Firma nur Entwicklungskosten für die Panzerung der österreichischen und belgischen Pandur enthält. Vor zwei Jahren wurde der Preis für die Modernisierung übrigens noch mit 28,85 Millionen Euro angegeben.

Abrechnungsdschungel

Und der Vertrag über zehn Millionen Dollar für die jetzt eingebauten Waffenstationen wird zwar nicht alle notwendigen Systeme beinhalten, aber weitere müsste man dann wohl kaum ausschreiben. Bisher finden sich nur Einträge wie zu Minderausgaben infolge „noch nicht abgerechneter Lieferungen und Leistungen für die Waffenstation „Pandur“ im Bundesrechnungsabschluss 2011 oder zu 6,12 Millionen Euro Mehrausgaben für Pandur-Waffenstationen im Jahr danach. Was wir aber wissen ist, dass es sich um die gleiche Station handelt, die auch auf anderen Bundesheerfahrzeugen zu finden ist. Die Waffensta-

tion, die laut RH bei der Beschaffung von Mehrzweckfahrzeugen „ohne dokumentierte Unterlagen“, „im frühen Prototypenstadium“, „Abschätzung, Bewertung und Absicherung“ von Risiken ausgewählt wurde – obwohl beim dazugehörigen Fahrzeug Serienreife verlangt wurde.

Auch größere Beschaffungen werden weder im Budget konkret ausgewiesen, noch sonst irgendwo umfangreich beschrieben. Warum andere neutrale Länder – auch Nato-Mitglieder mit Soldaten in Kampfgebieten – deutlich weniger Informationen diesbezüglich geheim halten, ist nicht ganz klar ersichtlich. Mehr Transparenz scheint in Österreich zumindest politisch kaum ein Problem zu sein. Oder hat schon irgendjemand kritisiert, dass das Verteidigungsministerium 2014 trotz Sparmaßnahmen 24 Prozent mehr Werbegelder an die Gratiszeitung *Heute* bezahlt hat?

PETER PLATZGUMMER ist am Centre for Security Economics and Technology in St. Gallen als Projektleiter tätig und arbeitet an seiner Dissertation.